

Eingangsstempel der Behörde

AZ:

Landkreis Potsdam-Mittelmark
Fachdienst Soziales und Wohnen
Unterhaltssicherungsbehörde
Niemöllerstraße 1
14806 Belzig

Antrag nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG)

auf Mietbeihilfe nach § 7a

auf Wirtschaftsbeihilfe nach § 7b

Zutreffendes bitte ankreuzen. Bitte Unterlagen beifügen.

Wichtige Hinweise: Stellen Sie den Antrag spätestens 3 Wochen vor Antritt des Grundwehr- / Zivildienstes. Das Antragsrecht erlischt 3 Monate nach Beendigung des Dienstes. • Wegen Wohngeld wenden Sie sich bitte an die zuständige Wohngeldstelle. • Für zusätzliche Angaben bitte gesondertes Blatt benutzen. • Die Angaben der Telefonnummern ist freiwillig. Sie werden benötigt, um bei eventuellen Rückfragen zu Ihren Angaben eine zügige Bearbeitung zu gewährleisten.

1 Angaben zur Person des Wehrpflichtigen

Name, ggf. Geburtsname	Vorname	Geburtsdatum
Straße, Nr.		
PLZ, Ort	Telefon tagsüber	

Der Wehrpflichtige ist ledig verheiratet verwitwet geschieden getrennt lebend

seit

Grundwehrdienstleistender Zivildienstleistender

von – bis	bei (Truppenteil / Zivildienststelle) <input type="checkbox"/>
-----------	--

2 Einkünfte vor der Einberufung

letzter Arbeitgeber	
Nettoeinkommen EUR / monatl.	durchschnittliches Nettoeinkommen der letzten 13 Monate vor d. Einberufung EUR / monatl.

3 Sonst. Einkünfte, die d. Wehrpflichtige während d. Grundwehr-/Zivildienstes erzielt (keine Leistungen n. d. Wehrsoldgesetz)

Art	Höhe EUR	Fälligkeitstermine
-----	----------	--------------------

4 Mietbeihilfe

4.1 Ich bin Mieter der Wohnung

Straße, Nr.	PLZ, Ort
Beginn und Ende des Mietverhältnisses	Datum des Mietvertrages

4.2 Ich wohne mit Familienangehörigen zusammen ja nein

Name, Vorname	Familien- / Verwandtschaftsverhältnis
---------------	---------------------------------------

4.3 Eigene Wohnung erstmals gemietet

am (Datum)	Anschrift
------------	-----------

> Bitte Folgeseite beachten!

> weiter zu Punkt 4

4.4 Meine Wohnung wird nicht nur von mir, sondern auch von folgenden Personen genutzt

Anzahl	Personen

4.5 Ich erhalte Leistungen nach dem Wohngeldgesetz

Wohngeldstelle	Wohngeldnummer

5 Wirtschaftsbeihilfe

5.1 Ich bin Inhaber eines Betriebes / einer Praxis

Bezeichnung	seit
Straße, Nr.	PLZ, Ort

5.2 Mein Betrieb / meine Praxis

- wird fortgeführt; ich habe Aufwendungen für Ersatzkräfte
- ruht; ich habe Aufwendungen für Miete bzw. sonstige unabwendbare Betriebsausgaben für den ruhenden Betrieb

5.3 Ich werde zur Einkommensteuer veranlagt

Finanzamt (Bezeichnung, Anschrift)

6 Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz nein, sind noch nicht beantragt ja, sind bereits beantragt

wenn ja, Name und Anschrift der Behörde

7 Bitte überweisen Sie die Mietbeihilfe / Wirtschaftshilfe an

Name, Vorname, Anschrift		
Name und Sitz des Kreditinstitutes	Bankleitzahl	Kontonummer
Kontoinhaber, falls nicht identisch mit dem Leistungsempfänger		

8 Im Falle meiner Abwesenheit ist auskunftsberechtigt (z.B. Eltern, Vertragspartner)

Name, Anschrift	Telefon tagsüber

> Hiermit versichere ich, dass ich alle Fragen nach bestem Wissen und Gewissen vollständig und richtig beantwortet habe. Mir ist bekannt, dass gegen Personen, die zur Erlangung von Unterhaltssicherungsleistungen falsche Angaben machen, ein Bußgeldverfahren und in schweren Fällen sogar ein Strafverfahren eingeleitet werden kann.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers

--	--

> Anlagen 


- Einberufungsbescheid des Kreiswehersatzamtes / Bundesamtes für Zivildienst (Durchschrift zur Vorlage bei unserer Behörde)
- Mietvertrag
- Wohngeldbescheid
- Nachweis über Mietzahlungen
- Energierechnungen
- Wasserbezugsrechnungen
- Nachweise über Aufwendungen für Gewerbebetrieb
- Weitere Anlagen:

--

> Bitte beachten Sie die Anlage (Seite 3) zum Antrag.

Anlage zum Antrag (USG)

auf Mietbeihilfe / Bescheinigung des Vermieters
zur Vorlage bei der Unterhaltssicherungsbehörde

x Zutreffendes bitte ankreuzen.  Bitte Unterlagen beifügen. **---** Nicht vom Antragsteller auszufüllen!

1 Wehrpflichtiger

Name, Vorname	Geburtsdatum
---------------	--------------

2 Wohnung

Straße, Nr.	PLZ, Ort	Stockwerk	Nr. der Wohnung
Vermieter, Anschrift			
Hauseigentümer, Anschrift			

3 Art des Mietverhältnisses Hauptmieter Untermieter sonstiger Nutzungsberechtigter

4 Angaben zur Wohnung und Miete (Beträge in EUR) Mietverhältnis ist unbefristet befristet

m ²	Anzahl Räume	Mietvertrag abgeschlossen am	Miete wird gezahlt ab	Mietverhältnis endet am (wenn befristet)
Kaltmiete monatl.		Nebenkosten monatl.		m ² für berufliche Nutzung

Kochgelegenheit Bad Dusche eigene Küche

In den Nebenkosten sind enthalten

Umlagen für Gebühren und Abgaben (Müllabfuhr, Kanal-, Straßen- u. Kaminreinigung)	Garage, Stellplatz	
Anteilige Kosten f. Gemeinschaftsanlagen (z.B. Fahrstuhl)	Feste Zuschläge (nicht Vorauszahlung) f. Strom, Gas, Wasser	Sonstige Kosten

Zählergrundgebühren

Zählergrundgebühren Strom	Zählergrundgebühren Wasser	Zählergrundgebühren Gas	Kosten für feste / flüssige Brennstoffe
			EUR

5 Ist der Wehrpflichtige nach dem Mietvertrag Alleinmieter der Wohnung? ja nein

Namen der Mitmieter

6 Die Wohnung wird vom Wehrpflichtigen allein genutzt ja nein

Namen der Mitbenutzer

7 Ich bin mit dem Hauseigentümer / Vermieter / Mitmieter verwandt ja nein

ja, mit	Verwandtschaftsverhältnis
---------	---------------------------

8 Anlagen Mietvertrag Mietquittungen Stromabrechnung Gasabrechnung Wasserabrechnung

9 Nach § 7a Abs. USG wird dem alleinstehenden Wehrpflichtigen die Miete für seine Wohnung in voller Höhe, höchstens 298,59 EUR monatlich ersetzt, wenn er entweder a) bei Beginn des Wehrdienstes mindestens 6 Monate sowohl alleinstehend als auch als Mieter von Wohnraum ist oder b) den Wohnraum dringend benötigt. Falls die unter a) genannten Voraussetzungen nicht gegeben sind, sollten Sie im folgenden ausführlich darlegen, warum Sie die Wohnung gemietet haben.

Für die Anmietung meiner Wohnung waren folgende Gründe maßgebend:

Ort, Datum

--

Unterschrift des Antragstellers

--

10 Vermieterbestätigung

Ich bestätige hiermit, dass die umseitig unter lfd. Nr. 1–10 gemachten Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, dass auch gegen Personen, die für sich selbst keine Unterhaltssicherungsleistungen beantragen, Strafverfahren eingeleitet werden können, wenn sie durch Bescheinigung falscher Tatsachen anderen Personen zu unrechtmäßigen Leistungen verhelfen.

Ort, Datum

--

Unterschrift des Vermieters

--